

Expressis verbis

» Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in Deutschland haben ebenso ethische Überzeugungen wie wir. Sie stehen in Deutschland mit ihrer Arbeit auf dem Wertefundament, das sich auch in unserer Verfassung findet.«

Bundesforschungsministerin Annette Schavan (CDU) in der Bundestagsdebatte über eine Änderung des Stammzellgesetzes am 11. April.

» Den Stichtag einmal zu verschieben, hieße, das leckgeschlagene Schiff leer zu pumpen und wieder auf die hohe See zu schicken. Machen wir es lieber ganz richtig! Machen wir das Forschungsschiff hochseefest! Streichen wir den Stichtag! Streichen wir die entwürdigende Strafordrohung, die über unseren Forschern schwebt! Setzen wir uns für eine Ethik des Heilens ein!«

Peter Hintze, CDU bei derselben Gelegenheit.

» Die Forschung mit und der Import von embryonalen Stammzellen setzen das Töten und das Zerteilen von Embryonen voraus. Wie der Gesetzgeber diese Frage beantwortet, ist eine weitreichende ethische Grundsatzentscheidung. Unsere Verfassung erklärt die menschliche Würde für unantastbar.«

Volker Beck, Bündnis 90/Die Grünen

» Das Recht auf Leben und der Wert des Menschseins lassen sich nicht abstufen. Menschliches Leben ist nicht relativierbar, und es ist ein höherwertiges Gut als die viel beschworene Forschungsfreiheit. Das von manchen strapazierte Argument, wenn wir es nicht tun, dann tun es andere sowieso, halte ich für den Ausdruck einer ethischen Kapitulation.«

Wolfgang Thierse, SPD

» Leben – da bin ich ganz anderer Meinung als manch anderer heute hier – entsteht nicht nur ein bisschen. Leben in der Form einer befruchteten Eizelle ist vollständig da; es ist kein Zellklumpen; es ist Leben von Anfang an, ganz und vor allem unwiderruflich.«

Hildegard Müller, CDU

Tops & Flops



Der Erzbischof von Köln, **Joachim Kardinal Meisner**, hat mit deutlichen Worten auf den Skandal der Abtreibung aufmerksam gemacht. In einem Interview mit dem Radiosender Deutschlandfunk bezeichnete Meisner an Pfingsten die Deutschen als ein »geistvergeßenes Volk, das seine Kinder tötet«. Der Kölner Erzbischof, der wie kaum ein anderer Kirchenvertreter immer wieder mutig für den Lebensschutz eintritt, rügte zudem die CDU-Führung wegen der jüngsten Liberalisierung des Stammzellengesetzes. Meisner vertrat dabei die Ansicht, dass das Ergebnis wahrscheinlich anders ausgefallen wäre, wenn die CDU-Vorsitzende Angela Merkel und Bundesforschungsministerin Annette Schavan eindeutig gegen eine Verschiebung des Stichtages Stellung bezogen hätten. „Das erwarte ich von Mitgliedern der ‚C‘-Partei, dass sie privat und öffentlich sich mühen, nach dem Evangelium zu leben, sei es gelegen oder ungelegen“, so Meisner. *malo*



Joachim Kardinal Meisner



Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirchen in Deutschland, **Bischof Wolfgang Huber**, hat seinen Respekt gegenüber der Bundestags-Entscheidung zur Stichtagsverschiebung im Stammzellgesetz Ausdruck verliehen; einer Entscheidung, zu der Huber nicht unwesentlich beigetragen hat. Im Dezember 2006 hatte Huber in einem FAZ-Beitrag öffentlich für eine Verschiebung des Stichtages geworben und damit den Konsens der christlichen Kirche in Sachen Lebensschutz aufgekündigt. Obwohl sich zahlreiche evangelische Landesbischöfe und viele protestantischen Gruppierungen gegen eine Verschiebung aussprachen, blieb Hubers Position in der Öffentlichkeit als »die evangelische Position« im Gedächtnis. Nahezu alle Politiker der C-Parteien, die für eine Liberalisierung votierten, beriefen sich auf Huber. Die Stimmen dieser Politiker wären nötig gewesen, um die weitere Aufweichung des Embryonenschutzes zu verhindern. *malo*



Bischof Wolfgang Huber



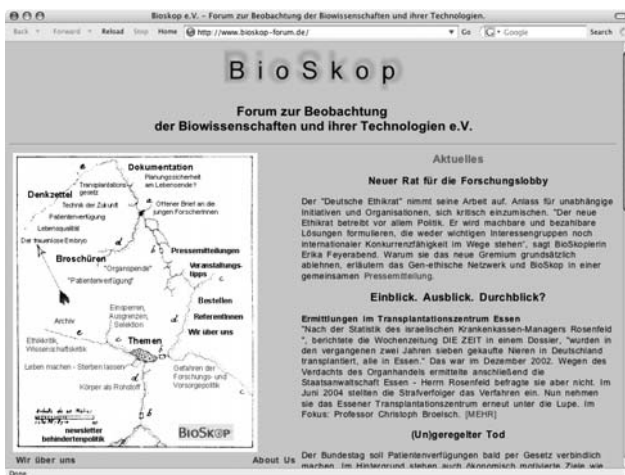
Aus dem Netz gefischt

www.bioskop-forum.de

Die grafische Gestaltung ist nicht sehr üppig, die Wortwahl ein wenig holprig, doch inhaltlich vermag der Internetauftritt von »BioSkop – Forum zur Beobachtung der Biowissenschaften und ihrer Technologien« durchaus zu überzeugen. Die Macher von www.bioskop-forum.de wollen der »Verzweckung des Menschen« vorbeugen und die Gestaltung der »Machtwirkungen moderner Biowissenschaften« deshalb nicht einfach nur den »Experten« überlassen. In der Rubrik »Selbstdarstellung« schreiben die Verantwortlichen denn auch:

Die gegenwärtige Gesundheits-, Sozial- und Behindertenpolitik zielt auf einen Gesellschaftsentwurf, »der nicht auf gegenseitiger Hilfe, sondern auf Vermeidung, Verhinderung und einem Verlassen all jener basiert, die nicht der Utopie von Gesundheit und Normalität entsprechen. Der internationale Trend in Diskussion und Gesetzgebung

reicht mittlerweile bis zum institutionell abgesicherten Mord, der so genannten Euthanasie bei alten, schwerstbehinderten, hoffnungslos kranken und komatösen



Patienten und Patientinnen.« Gestaltet wird der Internetauftritt vom Verein »BioSkop e.V.«, der eine Zeitschrift gleichen Namens »zur Beobachtung der Biowissenschaften« herausgibt. Für die Inhalte zeichnet der freie Wissensjournalist Klaus-Peter Görlitzer verantwortlich.

Reinhard Backes

»Deutschland. Das von morgen« (14)

Am 8. August beginnen in dem Land in dem 80 Prozent der Todesurteile vollstreckt werden, die weltweit verhängt werden, die Olympischen Spiele. Das ist gut. Vor allem für die westlichen Wirtschaftsnationen. Denn China ist ein lukrativer Absatzmarkt. Ob die Spiele auch zu einem Wandel der chinesischen Menschenrechtspolitik führen, muss sich dagegen noch zeigen, ist für den Westen aber womöglich gar nicht so wichtig. Denn von dem Handel mit den Organen von Hingerichteten, mit denen chinesische Krankenhäuser lukrative Geschäfte machen, profitieren zu einem hohen Prozentsatz auch Westler. Da sollte auch Deutschland nicht fehlen müssen, eine saubere gesetzliche Regelung vorausgesetzt. Und die könnte, wie wir kürzlich gelernt haben, in etwa so aussehen: Der Bun-

destag verbietet zunächst den Import von aus dem Ausland gewonnenen Organen, um ihn dann in Ausnahmefällen und unter »strengen Auflagen« doch zu erlauben. Um sicher zu stellen, dass von Deutschland kein Anreiz für die Verhängung von Todesurteilen im Ausland ausgeht, wird ein Stichtag eingeführt, bis zu dem die Hinrichtungen durchgeführt sein müssen, um die dabei gewonnenen Organe importieren zu können. Beklagen Transplantationsmediziner einen Engpass, verschiebt der Bundestag den Stichtag. Regt sich Protest, könnte Annette Schavan argumentieren, die Häftlinge seien ohnehin dem Tode geweiht gewesen und auf die einzurichtende Kommission verweisen, die über die strikte Einhaltung der Einfuhrbedingungen für Organe wacht.

Stefan Rehder

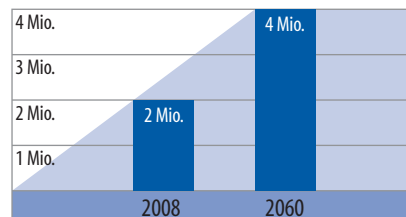
KURZ & BÜNDIG

Behandlung abgelehnt: Suizid

Der Fall der Krebspatientin Chantal Sébire, die sich selbst das Leben nahm, nachdem ihr die »Tötung auf Verlangen« von einem Gericht verweigert worden war, hat in Frankreich eine massive Debatte über eine mögliche Gesetzesänderung zur Euthanasie ausgelöst. Dabei fanden bemerkenswerte Hintergründe, über die nun das Magazin »Time« berichtete, kaum Beachtung. So litt Chantal Sébire offenbar an einem äußerst seltenen Tumor einer Nasennebenhöhle, der aber in 70 Prozent der Fälle als heilbar gilt. Nach Auskunft ihrer Ärzte verweigerte Sébire den Eingriff aus Angst, dabei zu sterben. Einer Behandlung soll sie erst zugestimmt haben, als der Tumor ihr Gesicht bereits entstellte und das Gehirn angegriffen hatte. Auch die Einnahme schmerzstillender Mittel soll sie verweigert haben. Als der Chef der Palliativmedizin, Jean-Louis Béal vom Centre Hospitalier Universitaire (CHU) in Dijon, ihr schmerzlindernde Medikamente anbot, habe sie diese mit dem Hinweis abgelehnt, dass »Arzneistoffe chemisch sind, Chemie ist Gift« und sie die Dinge nicht schlimmer machen wolle, indem sie »sich selbst vergiftet«. Am 19. März tötete sich Chantal Sébire mit einer Überdosis Schlafmittel. *reh*

4 Millionen Pflegefälle bis 2060

In Deutschland wird sich die Zahl der pflegebedürftigen Menschen von derzeit zwei bis zum Jahr 2060 auf vier Millionen verdoppeln. Dies ist das Ergebnis einer Studie, die jetzt das Freiburger Universitäts-Forschungszentrum Generationsverträge vorgelegt hat. Für die Studie hat der Volkswirtschaftler Tobias



Bis 2060 verdoppelt sich die Zahl der Pflegefälle

Hackmann verschiedene Szenarien auf der Grundlage der vom Statistischen Bundesamt vorausberechneten Bevölkerungsentwicklung errechnet. Danach wird die Zahl der Pflegebedürftigen im günstigsten Fall auf rund 2,64 und im schlechtesten auf rund sieben Millionen Menschen ansteigen. Am wahrscheinlichsten ist laut dem Autor jedoch das mittlere Szenario, das eine Verdopplung der Zahl der Pflegebedürftigen bis zum Jahr 2060 prognostiziert. Als Grund für diese Entwicklung werden die steigende Lebenserwartung und die, verglichen mit heute, hohen Geburtenraten in den 60er und 70er Jahren angegeben. *reh*